

Kabinettsitzung 04. Juni 2019:

Klimaschutz benötigt Einsparungen und Bekenntnis zu Windenergie

München, 04. Juni 2019 – Die Staatsregierung befasste sich in ihrer heutigen Kabinettsitzung mit der Energieversorgung des Freistaats. Das Kabinett beschloss Konzepte für mehr erneuerbare Energie und den Ausbau dezentraler Energieversorgung in Bayern. Wesentliche Punkte für eine Energiewende sieht der BUND Naturschutz nicht erfüllt.

„Um eine echte bürgernahe und dezentrale Energiewende zu erreichen muss die 10-H-Regel für Windenergieanlagen abgeschafft werden“ so Richard Mergner, Vorsitzender des BUND Naturschutz. *„Wir brauchen eine naturverträglich mögliche Verdopplung der Windkraftanlagen in Bayern und eine Vervierfachung der Photovoltaik. Hierbei muss die Priorität auf Gebäude, Parkplätze und Lärmschutzwände entlang von Schienen und Straßen gelegt werden. Es ist absolut sträflich, dass die Staatsregierung wieder keinen Fokus auf das Energiesparen gelegt hat. Die Energieeinsparung muss ein zentraler Bestandteil des Klimaschutzes werden. Die Staatsregierung muss in diesem Jahr ein Klimaschutzgesetz vorlegen, welches die Vereinbarungen der Pariser Klimakonferenz einhält.“*

Für Rückfragen:

Martin Geilhufe

BUND Naturschutz Landesbeauftragter:

0172/7954607

Martin.geilhufe@bund-naturschutz.de

Landesfachgeschäftsstelle

Bauernfeindstr. 23

90471 Nürnberg

Tel. 0911/81 87 8-0

Fax 0911/86 95 68

lfg@bund-naturschutz.de

www.bund-naturschutz.de

München, 04.06.2019

PM 065-19, LFG

Energie und Klima